



Wohnen muss bezahlbar werden – Für eine grundlegende Überprüfung und Absenkung von Baustandards und Vorgaben

Ratsantrag

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Bahnhofstraße 9
48143 Münster
Tel. (0251) 45 314
Fax (0251) 511 750
www.spd-muenster.de

13.12.2017

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Wohnen muss in Münster wieder bezahlbar werden. Um dieses zentrale Ziel der Stadtentwicklung zu erreichen, bekennt sich der Rat dazu, auch Standards und Vorgaben für die Bauplanung und

-durchführung von kommunaler Seite aus grundlegend auf den Prüfstand zu stellen und zu reduzieren. Das Ziel, preiswerten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wird konkurrierenden Zielen der Stadtentwicklung übergeordnet. Bezahlbares Wohnen ist die entscheidende Frage der Stadtentwicklung und die soziale Frage des Jahrzehnts in Münster.

Vor diesem Hintergrund beauftragt der Rat die Verwaltung,

- alle über die aktuell geltende Energieeinsparverordnung hinausgehenden kommunalen Vorgaben aufzuheben und abzuschaffen.
- bei allen Baugenehmigungen Vorgaben auf das unbedingt erforderliche Maß zu reduzieren und insbesondere von Vorgaben abzusehen, die die Investitionskosten deutlich in die Höhe treiben.
- von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, auf die Erhebung von Stellplatzablösesummen zu verzichten, wenn eine konkrete Errichtung von Stellplätzen im Umfeld der Maßnahme mittelfristig nicht geplant oder baulich nicht möglich ist.
- verwaltungsintern ein Maßnahmenpaket zu entwickeln und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, mit dem Baugenehmigungen in Münster beschleunigt und Investitionskosten durch Reduzierung von Vorgaben gesenkt werden können.

Begründung:

Auch städtische Vorgaben treiben die Baupreise in Münster nach oben. Die steigenden Herstellungskosten erreichen über die Basismiete direkt die Menschen in Münster, die dringend eine bezahlbare Wohnung suchen. Vor diesem Hintergrund müssen auch städtische Vorgaben auf



das gesetzliche Maß zurückgeführt werden, um in Münster bezahlbares Wohnen zu ermöglichen.

Die in Münster geltende Praxis, die Vorgaben der Energieeinsparverordnung noch zu verschärfen, führt inzwischen dazu, dass für ein Minimum an zusätzlicher Energieeinsparung unverhältnismäßig hohe Mehrkosten in Rechnung zu stellen sind. Diese kommunale Praxis hat seit der deutlichen Verschärfung der Bundesvorgaben in den letzten Jahren ihre Steuerungswirkung verloren und wirkt in erster Linie nur noch kostentreibend.

Auch bei Baugenehmigungen werden oft Vorgaben gemacht, die dazu führen, dass Investitionskosten nach oben getrieben werden: Während z. B. in benachbarten Großstädten Leitungen kosten- und flächensparend verlegt werden, herrscht in Münster ein Standard, der großflächige Flächen benötigt. Hier muss der Standard auf das Maß reduziert werden, das sich auch in anderen Kommunen als ausreichend erwiesen hat. Dasselbe gilt für ausufernde gestalterische Vorgaben, die ohne funktionalen Mehrwert bleiben. Dabei soll nicht die Qualität des Bauens sinken, wohl aber der Umfang und Detaillierungsgrad kommunaler Vorgaben.

Die Verwaltung bleibt aufgefordert, intern ein Maßnahmenpaket zu entwickeln, mit dem die Herstellungskosten von Wohnraum deutlich reduziert werden können.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Münster

Dr. Michael Jung
Philipp Hagemann
Mathias Kersting
Katharina Köhnke
Hedwig Liekefedt
Ludger Steinmann

Stephan Brinktrine
Marius Herwig
Michael Kleyboldt
Thomas Kollmann
Anne Schulze Wintzler
Beate Vilhjalmsson
Maria Winkel

Doris Feldmann
Dr. Cornelia Jäger
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Petra Seyfferth
Robert von Olberg

